

## **Antrag zum SPD-Programm für die Europa-Wahl 2019: Wirtschafts- und finanzpolitische Botschaften zur Zukunft Europas**

Antrag an Kreisparteitag Altona am 25.09.2018  
(zur Weiterleitung an Landesvertreterversammlung/LPT am 26.10.2018)

Die Europa-Wahlen 2019 sind eine gewaltige Herausforderung für die Sozialdemokratie. Die multilaterale Weltordnung, die auf Kooperation und gemeinsame Werte setzt, ist aus den Fugen geraten. Die Zahl autoritärer Regime nimmt zu, Menschenrechte und Rechtsstaat sind in Gefahr – in der Welt, aber auch in Europa. Rechtspopulistische und nationalistische Bewegungen haben in vielen Ländern stark an Einfluss gewonnen. Zunehmend gilt wieder das Recht des Stärkeren, nicht die Stärke des Rechts.

Auf diese Entwicklung und auf „America First“ muss die Europäische Union durch die Vertiefung der europäischen Integration eine starke Antwort geben und mit ihren internationalen Partnern Zeichen setzen. Die Zustimmung in der Bevölkerung zum europäischen Integrationsprojekt war lange nicht so hoch wie jetzt. Viele sehen in der europäischen Integration einen Ausweg aus der beunruhigenden und unsicheren Weltentwicklung.

Dazu beizutragen, kann der SPD mit zwei Grundpositionen gelingen:

1. Wir formulieren ein Zukunftsbild von Europa, das auf die Überwindung von sozialer Ungleichheit, auf gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung, auf Solidarität und Menschlichkeit sowie auf mehr Demokratie in und für Europa setzt.
2. Wir treten dafür ein, dass Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU seinen eigenen Beitrag leistet, um die wirtschaftlichen Krisenursachen anzugehen und die gemeinsame Währung zu stabilisieren.

### **Unsere Positionen zum zukünftigen Weg Europas**

Wir fordern eine weitere Demokratisierung der europäischen Institutionen und eine solidarische Wirtschafts- und Sozialpolitik:

- Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen den Abbau der sozialen Ungleichheit in Europa – d.h. vor allem von Armut und Jugendarbeitslosigkeit – in das Zentrum der Politik rücken. Grundlegendes Ziel muss eine langfristige Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa sein. Die Gemeinschaft kann dazu mit wirksamen Investitionsprogrammen und Bildungsinitiativen zur Förderung von Produktivität und Innovation beitragen. Insbesondere sollte die duale Ausbildung in Europa weiter ausgebaut und ihr Abschluss im Vergleich zu einem akademischen Abschluss aufgewertet werden.
- Europa muss sich von der einseitigen Fixierung auf Wettbewerbsfähigkeit und Reduzierung der Staatsverschuldung für alle verabschieden. Europas Zukunft liegt nicht im wirtschaftlichen Wettbewerb der Mitgliedsländer. Eine gemeinsame Währung, die den Wechselkursmechanismus zum Ausgleich unterschiedlicher wirtschaftlicher Stärke von Staaten außer Kraft setzt, erfordert die Bereitschaft zu einem geregelten europäischen Finanzausgleich, um Entwicklung zu ermöglichen und Krisensituationen aufzufangen.
- Deswegen unterstützt die SPD die Idee eines Eurozonen-Budgets, das in wirksamer Höhe (mindestens 1 % der Wirtschaftsleistung der Euroländer) ausgestattet sein muss und durch EU-eigene Steuern (z.B. eine echte Finanztransaktionssteuer) mitfinanziert werden soll. Das Euro-Zonen-Budget muss durch einen Eurozonen-Ausschuss des Europäischen Parlaments kontrolliert und durch einen demokratisch legitimierten Eurozonen-Finanzminister verwaltet werden, damit im Krisenfall schnell und wirksam reagiert werden kann.
- Es muss in der EU dringend zu mehr Steuergerechtigkeit kommen. Bis zu 70 Mrd Euro Einnahmen gehen den EU-Staaten durch Steuervermeidung der Internetkonzerne

(z.B. Google, Facebook, Apple, Amazon) verloren. Deswegen unterstützen wir den Vorschlag der EU-Kommission, dass Unternehmen mit einem weltweiten Jahresumsatz von mindestens 750 Mio Euro und einem online-Umsatz von mindestens 50 Mio Euro eine zusätzliche Steuer auf ihre europäischen Umsätze und Gewinne tragen sollen, auch wenn sie keinen physischen Firmensitz in der EU haben.

- Die Unternehmensbesteuerung in Europa muss harmonisiert werden, Steuerlücken sind zu schließen und Steueroasen trockenulegen. Die Regulierung des internationalen Finanzsektors einschließlich der Schattenbanken muss ausgebaut und nicht wieder abgeschwächt werden. Durch eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments ist die demokratische Kontrolle aller wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumente der EU zu gewährleisten.
- Die „Sozialunion Europa“ darf sich nicht länger auf bloße Absichtserklärungen beschränken. Notwendig ist vor allem ein europäisches Projekt zur Armutsbekämpfung, damit für alle ein menschenwürdiges Leben auch in schwierigen Situationen (Arbeitslosigkeit, Krankheit u.a.m.) gesichert ist. Dazu bedarf es einer europäischen Rahmenrichtlinie zur Einführung angemessener Grundsicherungssysteme in allen Mitgliedsstaaten. Flächendeckende länderspezifische Mindestlöhne und eine zusätzliche europäische Arbeitslosenversicherung sind erste wichtige Schritte in diese Richtung.
- Internationale Handelsabkommen, die den Abbau von sozialen und ökologischen Standards ermöglichen und den Privatisierungsdruck auf die öffentliche Daseinsvorsorge erhöhen, wird die SPD nicht mittragen. Dies gilt auch für die Einführung von Sonderklagerechten multinationaler Konzerne unter dem Deckmantel des „Investorenschutzes“. Die EU-Handelsabkommen mit afrikanischen Staaten müssen daraufhin überprüft werden, ob sie tatsächlich einen Nutzen für die dortige Bevölkerung haben oder einseitig wirtschaftlichen Interessen Europas dienen. Dies gehört auch zur „Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern“.

### **Unsere Positionen zur wirtschaftlichen Rolle Deutschlands in Europa**

Deutschland muss sein primär exportbasiertes „Geschäftsmodell“ umstellen und einen entschiedenen Weg in Richtung außenwirtschaftliches Gleichgewicht einschlagen:

- Die dauerhaft hohen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands gehen notwendig einher mit einer zunehmenden Verschuldung der Defizitländer und wachsenden Risiken für den Fortbestand der Eurozone und der gemeinsamen Währung.
- Der Weg zu außenwirtschaftlichem Gleichgewicht führt über die Erhöhung der öffentlichen und privaten Investitionen sowie der Binnennachfrage in Deutschland. Dies stärkt die Exportchancen unserer Partnerländer nach Deutschland und ermöglicht tendenziell die Reduzierung unserer Leistungsbilanzüberschüsse.
- Die Symboldebatte um die „Schwarze Null“ im Staatshaushalt der Bundesrepublik Deutschland ist deswegen nicht geeignet, die Weichen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung richtig zu stellen. Der Investitions- und Modernisierungsbedarf der deutschen Volkswirtschaft ist enorm. Die SPD wird deswegen für eine klare und verantwortbare Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik eintreten.
- Die vorhandenen finanziellen Spielräume müssen jetzt genutzt werden, um wesentlich mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, die Energiewende, die Umwelt, den sozialen Wohnungsbau und in Forschung und Bildung zu tätigen.
- Gleichzeitig muss die zunehmende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland korrigiert werden – durch eine gerechtere Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung.
- Die starke Ausweitung des Niedriglohnssektors in Deutschland muss zurückgenommen werden – durch die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse („Sozialdumping“) und eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens 12 Euro pro Stunde.